

Presseservice der SPD

Bonn, 18. Mai 1989/360

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Mitteilung für die Presse

**Gerd Walter, SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl:
Bundesregierung plant neuen Rechtsbruch bei EG-Trinkwasserrichtlinie**

Einen "neuen skandalösen Fall im Umweltsündenregister der Bundesregierung" hat der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Gerd Walter, die Absicht der Bundesregierung genannt, den am 1. Oktober in Kraft tretenden EG-Grenzwert für Pestizide im Trinkwasser durch langfristige Ausnahmeregelungen außer Kraft zu setzen und die 20fache Pestizid-Belastung zuzulassen.

Der SPD-Politiker erklärte heute in Bonn: "Die Beteuerung der Bundesregierung, Ausnahmen sollten nur zugelassen werden, wenn keine Gesundheitsgefahr besteht, ist eine zynische Irreführung. Denn der Bundesregierung ist bekannt, daß der jetzige Grenzwert mit der Begründung festgelegt worden ist, daß wegen der Unsicherheit über die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Stoffe gerade beim Grundnahrungsmittel Trinkwasser ein Sicherheitsgrenzwert gelten muß.

Die Bundesregierung kann sich auch nicht mit dem Hinweis auf lange Umsetzungsfristen herausreden. Die EG-Trinkwasserrichtlinie ist bereits 1980 erlassen worden, der Kommissionsentwurf hat dem Europäischen Parlament bereits 1976 vorgelegen. Den Termin 1. Oktober hat die EG-Kommission mit einem Vertragsverletzungsverfahren erzwingen müssen. Mit der geplanten Ausnahmeregelung beginge die Bundesregierung einen erneuten Rechtsbruch.

Die Bundesregierung behauptet, sie sei Vorreiter im Umweltschutz. Wer hier in der Bundesrepublik so leichtfertig mit der Gesundheit der Bevölkerung umgeht und vernünftige EG-Gesetze zum Umweltschutz nicht umsetzt, der wird sich auch in Brüssel für den Umweltschutz nicht stark machen", erklärte der SPD-Politiker.